

Der Kreisausschuss o o o o o o

Niederschrift über die Sitzung des Beirates für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Behindertenbeirat) am 11.12.2023

Sitzungsort:	Kreisverwaltung Marburg, Raum U 057
Beginn:	14:05 Uhr
Ende:	16:03 Uhr
Leitung:	Bahaddin Batmaz, stellv. Vorsitzender

Anwesend waren:

Die Mitglieder

Batmaz, Bahaddin	Marburg
Busche, Markus	Marburg
Dersch, Giso	Biedenkopf
Ferger, Ingrid	Marburg
Heck, Peter	Dautphetal
Hoffarth-Bach, Elisabeth	Fronhausen (Lahn)
Makowiecki, Karlheinz	Marburg
Schulz, Manuel	Marburg

Von der Verwaltung:

Achenbach, Lutz	Fachbereich Familie, Jugend und Soziales
Decker, Siyen	Fachbereich Familie, Jugend und Soziales
Schulz, Vicky	Fachbereich Familie, Jugend und Soziales

Gäste

entschuldigt:

Bernhardt, Frank
Bodi, Patrick
Fischer, Ulrike
Klingelhöfer, Jürgen

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung und Begrüßung
2	Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18.09.2023
3	Anfrage von Hr. Makowiecki zur Nutzung leerstehender Universitäts-
	gebäude als studentischer Wohnraum
	(Mitglied im Behindertenbeirat Landkreis Marburg-Biedenkopf)
4	Berichte aus den Arbeitskreisen und Gremien
5	Rückblick, Ausblick und Termine 2024
6	Verschiedenes

■ TOP 1: Eröffnung der Sitzung und Begrüßung

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Bahaddin Batmaz eröffnet die Sitzung. Der Vorsitzende Herr Bernhardt hat sich für die heutige Sitzung entschuldigt. Herr Batmaz stellt die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit dieses Gremiums fest und begrüßt die Teilnehmenden.

■ TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18.09.2023

Das Protokoll der letzten Sitzung vom 18.09.2023, welches per Mail an die Mitglieder verschickt wurde, wird einstimmig angenommen.

TOP 3: Anfrage von Hr. Makowiecki zur Nutzung leerstehender Universitätsgebäude als studentischer Wohnraum

Die Anfrage von Herrn Makowiecki ist der Einladung beigefügt. Herr Makowiecki erläutert seinen Antrag. Der bisher geführte Mailverkehr in dieser Sache soll den Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden. In der darauffolgenden Diskussion wird es als zielführend angesehen, dass vor einer Abstimmung in diesem Beirat mit dem Behindertenbeirat der Stadt

Marburg gesprochen werden soll, da es Gebäude des Landes Hessen auf dem Gebiet der Stadt Marburg betrifft. Herr Makowiecki nimmt Kontakt mit dem Beirat der Stadt Marburg auf.

Bezüglich der beiden beschlossenen Anträge der letzten Sitzung berichtet Herr Achenbach, dass diese derzeit in der Verwaltung geprüft werden.

TOP 4: Berichte aus den Arbeitskreisen und Gremien

SGB II Beirat

Herr Achenbach, der neben Herrn Bernhardt an der letzten Sitzung des Fachbeirates SGB II am 17.10.2023 teilgenommen hat, berichtet über die Themen der Sitzung. Dort hat Frau Faustmann vom Rehateam des KreisJobCenters Marburg-Biedenkopf das Aufgabengebiet von ihr und ihren beiden Kollegen/Innen vorgestellt und berichtete über ihre Arbeit. Des Weiteren wurde die aktuelle Situation im SGB II, die vorgesehenen Budgetkürzungen und die zukünftige Zuständigkeitsregelung für den Personenkreis der unter 25-jährigen erörtert.

In diesem Zusammenhang stellt Herr Achenbach kurz die derzeitigen Regelungen im Bürgergeld und in der Sozialhilfe bezüglich den angemessenen Kosten der Unterkunft anhand des "Schlüssigen Konzeptes" vor.

Frauenkommission

Frau Hoffarth-Bach teilt mit, dass die nächste Sitzung erst in der nächsten Woche stattfindet.

Radverkehrsforum

Frau Hoffarth-Bach berichtet über die letzte Sitzung, in der über den Radwegebau, das Stadtradeln und die Auslastung einzelner Angebote wie den Lastenfahrradverleih gesprochen wurde.

Fahrgastbeirat

Herr Schulz hat an der letzten Sitzung des Fahrgastbeirates teilgenommen und berichtet über die Themen Bahn und Zugverkehr, insbesondere die

angekündigten längerfristigen Streckensperrungen, die barrierefreie Gestaltung der Bushaltestellen und das Fahrgastinformationssystem. Er bittet darum, ihm Themen und Probleme zu benennen, die er dann auch in das Gremium Fahrgastbeirat mitnehmen möchte.

Kontaktaufnahme mit den Kreisangehörigen Städten und Gemeinden

Frau Ferger berichtet über einen im neuen Jahr anstehenden Besuch in der Gemeindeverwaltung Münchhausen und die bislang oft nicht barrierefrei gestalteten Zugänge der Rathäuser.

■ TOP 5: Rückblick, Ausblick und Termine 2024

Herr Batmaz lässt das zu Ende gehende Jahr 2023 Revue passieren und benennt die wesentlichen Themen und Termine.

Im Jahre 2023 wurden inklusive heute vier Sitzungen des Beirates durchgeführt. Dabei wurden drei Vorträge zu den Themen "Behindertengerechter Anbau der Kreisverwaltung", "neues Betreuungsrecht" und "Fördermöglichkeiten für behindertengerechte Umbaumaßnahmen" in den Sitzungen gehalten, es wurden Kontakte mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden geknüpft, zwei Anträge wurden im Beirat beschlossen und an den Kreisausschuss weitergeleitet und natürlich fand auch ein Austausch zu allgemeinen Themen in den Sitzungen statt. Darüber hinaus gab es auch vier informelle Treffen mit Kaffeetrinken von Mitgliedern des Behindertenbeirates.

Herr Batmaz berichtet auch über erstellte Stellungnahmen in Bauvorhaben wie beispielsweise die Ortsdurchfahrt in Kehna und die geplante Mehrzweckhalle in Lahntal-Goßfelden.

Herr Bernhardt hat Informationen des Landesbehindertenbeirates Hessen an die Mitglieder weitergeleitet.

Für das Jahr 2024 steht ein Austausch mit dem Behindertenbeirat der Stadt Marburg an und die Bereiche Behindertensport im Landkreis Marburg-Biedenkopf und die Arbeit des EUTB könnten weitere Themen sein. Auch das Thema Flyer wird weiterverfolgt, die bereits gebildete Arbeitsgruppe soll sich möglichst vor der nächsten Beiratssitzung hierzu treffen und einen Entwurf vorlegen. Auch eine etwas ansprechender gestaltete Homepageseite des Beirates wird vorgeschlagen.

Herr Batmaz wünscht sich mehr Öffentlichkeitsarbeit, darüber wird diskutiert. Ziel ist es, den Beirat in der Öffentlichkeit bekannter zu machen, auch hierzu können die Mitglieder gerne Vorschläge an den Vorsitzenden vorab der nächsten Sitzung richten.

Vorgesehene Termine in 2024 für die Beiratssitzungen:

Montag, den 19.02.2024 Montag, den 06.05.2024 Dienstag, den 03.09.2024 Montag, den 04.11.2024

TOP 6: Verschiedenes

Frau Ferger berichtet über eine Veranstaltung des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration mit dem Titel "11. Hessischer Tag der Menschen mit Behinderungen", an der sie leider nicht teilnehmen konnte. Die Dokumentation wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Sie weist auf eine Internetseite https://kobinet-nachrichten.org/ hin, wo viele aktuelle Informationen für behinderte Menschen zu finden sind. So beispielsweise auch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes betreffend dem Selbstbestimmungsrecht von Menschen mit Behinderung im Bereich Assistenzleistung und Auswahl der Personen, Aktenzeichen C-518/22. Auf Anregung von Manuel Schulz wird über die Problematik E-Scooter und die Auswirkungen von versperrten Gehwegen diskutiert.

Hingewiesen wird von Herrn Achenbach auf das Programm der Seniorenbildung im Landkreis Marburg-Biedenkopf, hierzu gibt es Informationen unter folgendem Link: www.vhs.marburg-biedenkopf.de

Herr Batmaz schließt um 16:03 Uhr die Sitzung.

Anlage:

- Dokumentation Hess. Ministerium "11. Hessischer Tag der Menschen mit Behinderungen"
- Urteil Selbstbestimmungsrecht

gez. Bahaddin Batmaz stellv. Vorsitzender

gez. Lutz Karl Achenbach
Schriftführer





Dokumentation

Tag der Menschen mit Behinderungen

Nachfolgend finden Sie eine Ergebnisdokumentation des 11. Tags der Menschen mit Behinderungen. Die Veranstaltung fand am 3. November 2023 im Hessischen Landtag statt. Das Motto war: "Gesundheit für alle!"

1. Grußworte

Gemeinsam mit der Präsidentin des Hessischen Landtages Astrid Wallmann und der Beauftragten der Hessischen Landesregierung für Menschen mit Behinderungen Rika Esser hat Sozial- und Integrationsminister Kai Klose den Tag der Menschen mit Behinderungen ausgerichtet.

Die Grußworte im Wortlaut finden Sie weiter unten zum Download.

Durch die Veranstaltung führten Katja Lüke und Andreas Winkel. Alle Teilnehmenden konnten sich mit Beiträgen an den Diskussionen beteiligen und so ihre eigene Perspektive einbringen. Genutzt wurde hierfür auch die digitale Beteiligungsplattform Slido.

2. Positionen der Landtagsfraktionen zur Frage: "Wie können wir unser Gesundheitssystem inklusiver gestalten?

In einer Diskussionsrunde mit Mitgliedern der Landtagsfraktionen, moderiert von Andreas Winkel, kam es zum Austausch mit der Politik auf der Bühne.

Mitdiskutiert haben:

Herr Max Schad, MdL (CDU)

Herr Felix Martin, MdL (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ulrike Alex, MdL (SPD)

Herr Yanki Pürsün, MdL (FDP)

Frau Christiane Böhm, MdL (DIE LINKE)

Herr Arno Enners, MdL (AfD)

Fragen an die Fraktionspolitischen Sprecher*innen:

Max Schad (CDU):

Im Gesundheitswesen stehen Menschen mit Behinderungen zahlreiche Hindernisse entgegen. Welche Barrieren haben Sie bereits wahrgenommen und was wird Ihre Fraktion dagegen unternehmen?





Ulrike Alex (SPD):

Umfassende Barrierefreiheit ist in unserem Gesundheitssystem noch lange nicht erreicht. Hierzu gibt es kaum verlässliche Zahlen, aber viele in diesem Raum können vermutlich eine Geschichte dazu erzählen. Welche Möglichkeiten sehen Sie, um die Barrierefreiheit in den niedergelassenen Arztpraxen zu fördern? (evtl. Nachfrage: Welche Akteur*innen sehen Sie bei diesem Thema vorwiegend in der Pflicht, Verbesserungen einzuleiten?)

Felix Martin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN):

Neben dem Zugang zum allgemeinen Gesundheitssystem benötigen Menschen mit Behinderungen z.T. spezialisierte Gesundheitsangebote und -dienstleistungen. Wo steht unser Bundesland Ihrer Meinung nach beim Ausbau bspw. von SPZ (Sozialpädiatrischen Zentren) oder MZEB (Medizinischen Zentren für Erwachsene mit Behinderungen)?

Yanki Pürsün (FDP):

Die Finanzierung der Krankenhäuser wird derzeit reformiert. Die Erfahrung zeigt, dass Krankenhäuser aufgrund des Kostendrucks bei der Behandlung und Versorgung solcher Patient*innen große Probleme haben, die im System nicht problemlos "mitlaufen" können. Welche Chancen sehen Sie durch die Reform für eine bessere Versorgung von behinderten oder pflegebedürftigen Versicherten? Die Linke

Christiane Böhm (DIE LINKE):

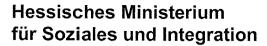
Zukünftig benötigen wir mehr Ärzt*innen und Personal im Gesundheitswesen, das im Umgang mit Menschen mit Behinderungen geschult ist. Das hat u.a. das Bundesverfassungsgericht 2021 in seinem Urteil zur Triage festgestellt. Welche Möglichkeiten sehen Sie, diesen Anspruch umzusetzen?

Arno Enners (AfD):

In Hessen gibt es zu wenig Hausärzte. Mehr als 200 freie Arztstellen meldete der Hausärzteverband vor einem Jahr. Für Patient*innen mit Behinderung ist das ein besonders großes Problem.

Wie wollen Sie sicherstellen, dass es auch in den ländlichen Regionen eine sichere Gesundheitsversorgung für Menschen mit Behinderung gibt?

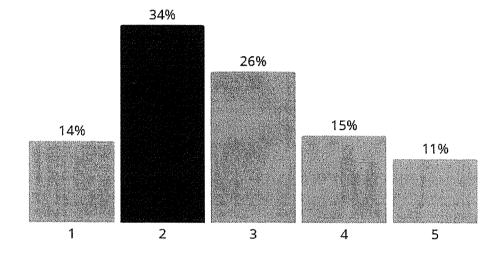
Die fraktionspolitischen Sprecher*innen antworteten im Rahmen ihrer fachpolitischen Ausrichtungen und Konzepte. Alle Diskutanten sahen Verbesserungsbedarfe in der gesundheitlichen Versorgung von Menschen mit Behinderungen und sagten die weitere Berücksichtigung des Themas "barrierefreie Gesundheit" im Rahmen ihrer politischen Tätigkeit zu.





Forum I: Gesundheit für alle in Stadt und Land. Eine Standortbestimmung

Zum Einstieg wurden die Teilnehmenden per Slido gefragt, wie inklusiv ihr Zugang ins Gesundheitssystem ist. Es konnten Punkte von 1 bis 5 vergeben werden, wobei 1 "wenig inklusiv" und 5 "sehr inklusiv" bedeuteten.



Es kam ein Schnitt von 2,8 heraus. 34 % der Teilnehmenden hatten 2 Punkte vergeben.

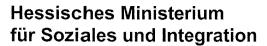
Gäste auf der Bühne mit einem eigenen Kurzvortrag zum Thema des Forums waren:

- Dr. Jana Offergeld, Deutsches Institut f
 ür Menschenrechte (DIMR): Inklusive Gesundheitsversorgung - Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention
- Nina Walter, Landesärztekammer Hessen: Voneinander lernen
- Ursula Häuser, LAGH Selbsthilfe e.V.: Zugänge zum Gesundheitswesen.

4. Forum II: Aspekte einer inklusiven Gesundheitsversorgung

Gäste auf der Bühne mit einem eigenen Kurzvortrag zum Thema des Forums waren:

- Prof. Dr. Jeanne Nicklas-Faust, Bundesverband Lebenshilfe: Gesundheitsversorgung von Menschen mit Mehrfachbehinderungen
- Dr. Michaela Wagner-Heck, Medizinisches Zentrum für Erwachsene mit Behinderung (MZEB), Klinikum Frankfurt Höchst: Der Beitrag der MZEB zur medizinischen Versorgung von Menschen mit Behinderungen in Hessen
- Horst Frehe, Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland (ISL):
 Ein Jahr Assistenz im Krankenhaus: Erfahrungen und Chancen







Zur Auswahl standen:

- Mein*e Ärztin*Arzt hat Angst um das Budget.
- Es ist so schwierig, Kontakt mit der Praxis aufzunehmen.
- Mehr Zeit meine Behinderung/Erkrankung richtig zu verstehen.
- Physio, Ergo, Beförderung, Medikamente... die Zuzahlungen sind hoch.
- Angst vor dem Krankenhaus, dort kümmert man sich nicht gut um mich.
- Assistenz- oder Vertrauensperson im Krankenhaus.
- Angst, dass ich anders behandelt werde als nichtbehinderte Menschen.
- Ich möchte mir aussuchen, ob ich von einer Frau oder einem Mann behandelt werde.
- Praxen investieren zu wenig in barrierefreie Ausstattung.
- Menschen in besonderen Wohnformen sind besonders benachteiligt bei der Ärzt*innenwahl.

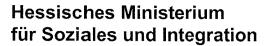
Die obersten Plätze belegten:

- 1. Mehr Zeit meine Behinderung/Erkrankung richtig zu verstehen.
- 2. Angst vor dem Krankenhaus, dort kümmert man sich nicht gut um mich.
- 3. Praxen investieren zu wenig in barrierefreie Ausstattung.
- 4. Mein*e Ärztin*Arzt hat Angst um das Budget.
- 5. Physio-, Ergo, Beförderung, Medikamente... die Zuzahlungen sind hoch.
- 6. Menschen in besonderen Wohnformen sind besonders benachteiligt bei der Ärzt*innenwahl.

5. Zusammenfassung der Ergebnisse aus den Foren im Gespräch mit Rika Esser

Eingeleitet wurde das Gespräch von Herrn Andreas Winkel mit einer Zusammenfassung der Antworten der Teilnehmenden auf die Frage, was ihnen heute besonders wichtig war. Meistgenannt waren dabei die Möglichkeit zum Austausch und zur Vernetzung sowie, dass die Gesundheitsversorgung für Menschen mit Behinderungen thematisiert wird. Wichtig waren auch die vielfältigen und kurzweiligen Vorträge, sodass man viel Neues hätte hören und lernen können.

Danach ging es um die Auswertung der Antworten der Teilnehmenden auf die Slido-Frage, was sie tun würden, wenn sie einen Tag Bundeskanzlerin oder Bundeskanzler wären.





Vier der genannten Anliegen oder Wünsche wurden im Gespräch weiter beleuchtet:

Mehr Hospitation in Einrichtungen der Eingliederungshilfe

Menschen, die im Gesundheitswesen tätig sind, sollten in Einrichtungen der Eingliederungshilfe gehen, wo Menschen mit Behinderungen leben oder arbeiten, um Wissen zu sammeln.

Verpflichtungen zur Barrierefreiheit in Praxen

Bestehende Praxen sollten gefördert werden. Die "Kundschaft" der Zukunft wird zunehmend auf Barrierefreiheit in Arztpraxen angewiesen sein. Hier sollten gezielte Anreize für das "Wirtschaftsunternehmen Arztpraxis" geschaffen werden.

Barrierefreie Medizinprodukte

Rollstühle oder Liegen, sprechende Blutdruckmessgeräte, viele Produkte können Menschen mit Behinderungen helfen, in Arztpraxen und dem ambulanten Gesundheitssystem besser versorgt zu werden.

Vorschulische Gesundheitsförderung

Früherkennung und die richtige Behandlung sowie "Vorschulische Gesundheitsförderung" waren hier die zwei diskutierten Aspekte. Dass eine möglichst frühzeitige gesundheitlich adäquate Versorgung die Grundlage für spätere Versorgungsstrukturen legt, war Konsens.

Abschließend wurde die Frage besprochen, ob und inwieweit das Thema "Gesundheit für Alle" ein wichtiges und zentrales sei, was allseits Bestätigung fand, mit dem Ergebnis, die hessische Politik und alle Verantwortlichen weiter intensiv in den Dialogprozess einzubinden.

Rechte von Menschen mit Behinderung Alterswünsche für Alltagshilfe sind rechtens

Stand: 07.12.2023 12:30 Uhr

Der Europäische Gerichtshof hat das Selbstbestimmungsrecht von Menschen mit Behinderung gestärkt. Wer einen persönlichen Assistenten sucht, darf dabei Altersvorgaben machen. Die Richter sehen darin keinen Fall von Altersdiskriminierung.

Menschen mit Behinderung dürfen sich nach einem Gerichtsurteil einen persönlichen Assistenten im gleichen Alter aussuchen. Eine solche Wahl sei kein Fall von Altersdiskriminierung, entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg. Betroffene "müssen in der Lage sein, zu entscheiden, wie, wo und mit wem sie leben", erklärten die Richter zur Begründung.

Hinter dem Urteil steht der Fall einer Studentin, die in allen Lebensbereichen ihres Alltags Unterstützung braucht. Ein Assistenzdienstleister hatte im Juni 2018 für die damals 28-Jährige eine Stellenanzeige geschaltet. Gesucht wurde eine weibliche Assistentin im Alter "zwischen 18 und 30 Jahren". Eine 50 Jahre alte Frau, deren Bewerbung erfolglos blieb, sah sich aufgrund ihres Alters diskriminiert und zog vor Gericht.

Ungleichbehandlung kann gerechtfertigt sein

Das deutsche Bundesarbeitsgericht fragte daraufhin den Gerichtshof in Luxemburg an, wie der Schutz vor Diskriminierung wegen des Alters und der Schutz vor Diskriminierung wegen einer Behinderung in Einklang gebracht werden können.

Die EuGH-Richter erklärten nun, eine Ungleichbehandlung nach dem Alter kann gerechtfertigt sein. Die Wünsche von Menschen mit Behinderung seien wichtig. Eine persönliche Assistentin in derselben Altersgruppe könne sich leichter in das persönliche und soziale Umfeld einfügen. Alterswünsche für eine persönliche Assistentin gehörten zum Recht auf Selbstbestimmung.